

## Wählen gehen! Ausländerbeiräte stärken!

Am 12. September 1999 werden in Nordrhein-Westfalen die ersten Ausländerbeiräte gewählt. Bis zum 7. November 1999 finden in weit über 100 Städten und Gemeinden des Landes die weiteren Wahlen statt. Jetzt gilt es die wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten zur Wahl zu mobilisieren. *Eine Übersicht über die Termine in den verschiedenen Kommunen finden Sie auf Seite 3.*



**Ministerpräsident  
Wolfgang Clement**

„Ich appelliere an Sie: Engagieren auch Sie sich in den Ausländerbeiräten, unterstützen auch Sie die wichtige Arbeit der Ausländerbeiräte dadurch, daß Sie im Herbst zur Wahl gehen. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt nicht nur die Ausländerbeiräte, sie ist auch ein wichtiges Zeichen für den Integrationswillen und die Integrationsbereitschaft der in unseren Städten und Gemeinden lebenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger.“



**Sozialministerin  
Ilse Bräus:**

„Eine hohe Beteiligung bei der Wahl der Ausländerbeiräte stärkt die Legitimation dieser wichtigen Gremien. Die Ausländerbeiräte nehmen vor Ort eine wichtige Brückenfunktion zwischen der ausländischen Wohnbevölkerung und dem Rat der Verwaltung wahr. Durch Gremienarbeit, öffentliche Veranstaltungen, Herausgabe von Informationsschriften und mit der Entsendung von sachkundigen Einwohnern in die Ausschüsse der Kommunen tragen viele der Ausländerbeiräte zur Verbesserung der Situation Zugewanderter bei.“



Ausländerbeirat  
wählen

**12.**  
SEPTEMBER '99

**26.**  
SEPTEMBER '99

**24.**  
OKTOBER '99

**31.**  
OKTOBER '99

**7.**  
NOVEMBER '99

August 1999

**AUS DEM INHALT:****Das Schiff kommt****Migrationsausschüsse  
vorerst auf Eis****Ausbildung und Arbeit  
für junge Migranten****Sport als Mittel zur  
Integration****Veranstaltungshinweise****Termine****Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser,

Am 12. September 1999 ist der Auftakt zum diesjährigen Wahlmarathon. Landauf, landab werben zahlreiche Kandidatinnen und Kandidaten um die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Und anders als man es sonst gewöhnt ist, geht es in diesem Wahlkampf um die Stimmen der Migrantinnen und Migranten: Denn zwischen dem 12. September und dem 7. November 1999 werden in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens die Ausländerbeiräte gewählt.



Unterstützt von der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte NRW, die allgemeines Informationsmaterial für Kandidaten und Wähler zur Verfügung stellt, wird nun um die Stimmen der wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten geworben. In erster Linie geht es bei diesen Wahlen darum, die Vertreterinnen und Vertreter in die örtlichen Ausländerbeiräte zu wählen, die am besten geeignet scheinen, die spezifischen Probleme in der jeweiligen Stadt oder Gemeinde einer Lösung zuzuführen. Aber es geht um noch mehr: Es geht um die politische Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in unserer Gesellschaft.

Soll die alte und immer noch aktuelle Forderung nach gleichen politischen Rechten für die lange in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten Realität werden, bedarf es starker Ausländerbeiräte, die diesen Forderungen Nachdruck verleihen und durch ihre praktische Arbeit in den Kommunen zeigen, daß Migrantinnen und Migranten Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen – und es so bereichern. Damit diese Arbeit gleich nach den Wahlen beginnen kann, bietet die LAGA NRW nach den Wahlen besondere Veranstaltungen an. Die gewählten Beiratsmitglieder können sich so erste wichtige Tips für ihre politische Tätigkeit holen.

Ich bitte Sie, liebe Leserinnen und Leser, für die Wahl Ihres Ausländerbeirates zu werben. Fordern Sie Ihre Verwandten, Ihre Kollegen und Freunde zur Stimmabgabe auf! Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt die Ausländerbeiräte und damit deren Chancen, Ihre Interessen in den Kommunen wirksam zu vertreten. Das gilt übrigens auch für die Migrantinnen und Migranten aus EU-Staaten, die neben den Eingebürgerten in diesem Jahr erstmals an der Kommunalwahl teilnehmen dürfen. Es ist richtig und wichtig, die Stadträte und Bürgermeister zu wählen. Aber dieser Schritt in die richtige Richtung ist keine Garantie für die Lösung spezifischer Probleme, die viele Migrantinnen und Migranten nach wie vor haben. Deshalb: Beteiligen Sie sich an den Kommunal- und den Ausländerbeiratswahlen!

Mit guten Wünschen für einen fairen Wahlkampf  
grüßt Sie herzlichst Ihr

Tayfun Keltok  
(Vorsitzender LAGA-NRW)

## Einladung an alle neugewählten Mitglieder von Ausländerbeiräten

Für alle in diesem Jahr gewählten Ausländerbeiratsmitglieder bietet die LAGA unter den Titel „Meine erste Sitzung im Ausländerbeirat! Was nun?“ zwei Tagesveranstaltungen und ein Wochenendseminar an. Folgende Fragen sollen besprochen werden:

- ▶ Vorbereitung der ersten Sitzung,
- ▶ Verfahrensweisen bei der Wahl der Vorsitzenden und der LAGA-Delegierten,
- ▶ Grundzüge der Beiratsarbeit,
- ▶ Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung

### Treffen I

**Wann:**

Sonntag, 26. September 1999,  
14.00 - 17.00 Uhr

**Wo:**

Paderborn

Unkostenbeitrag: Entfällt

**Anmeldung:**

LAGA-Geschäftsstelle

### Treffen II

**Wann:**

Samstag, 20. November 1999,  
15.00 - 18.00 Uhr

**Wo:**

Köln

Unkostenbeitrag: Entfällt

**Anmeldung:**

LAGA-Geschäftsstelle

### Treffen III (Wochenendseminar)

**Wann:**

Samstag – Sonntag,  
27. - 28. November 1999,  
Anreise: 9.00 Uhr

**Wo:**

Bocholt

Unkostenbeitrag: 30,- DM  
(für Unterkunft und Verpflegung)

**Anmeldung:**

LAGA-Geschäftsstelle

*Wir über uns*

## Termine der Ausländerbeiratswahlen 1999

**am 12.9. wird gewählt in:**

Arnsberg  
Bergkamen  
Bönen  
Brühl  
Burscheid  
Dinslaken  
Dormagen  
Gütersloh  
Halle/Westf.  
Hattingen  
Herten  
Hilden  
Horn-Bad Meinberg  
Kamen  
Kamp-Lintfort  
Langenfeld  
Lennestadt  
Leverkusen  
Löhne  
Lünen  
Menden  
Minden  
Moers  
Monheim  
Mülheim/Ruhr  
Niederkassel  
Paderborn  
Pulheim  
Remscheid  
Rheda-Wiedenbrück

Rheine  
Sankt Augustin  
Schwerte  
Siegburg  
Solingen  
Steinfurt  
Troisdorf  
Unna  
Wetter  
Witten

**am 26.9. in:**

Ennigerloh  
Wesseling

**am 24.10. in:**

Alsdorf  
Baesweiler  
Bedburg  
Bergheim  
Eschweiler  
Frechen  
Gevelsberg  
Herzogenrath  
Kerpen  
Meinerzhagen  
Olpe  
Soest  
Stolberg  
Sundern  
Würselen

**am 31.10. in:**

Eitorf  
Lengerich

**am 7.11. in:**

Aachen  
Ahlen  
Bad Honnef  
Bergisch-Gladbach  
Bielefeld  
Blomberg  
Bocholt  
Bonn  
Bottrop  
Bünde  
Datteln  
Detmold  
Dorsten  
Dortmund  
Düsseldorf  
Düren  
Duisburg  
Erkrath  
Essen  
Gelsenkirchen  
Gladbeck  
Grevenbroich  
Hagen  
Halver  
Hamm  
Heiligenhaus

Herford  
Herne  
Hürth  
Iserlohn  
Jülich  
Köln  
Krefeld  
Kreuztal  
Leichlingen  
Lippstadt  
Lüdenscheid  
Marl  
Mettmann  
Mönchengladbach  
Münster  
Neukirchen-Vluyn  
Neuss  
Oberhausen  
Oer-Erkenschwick  
Ratingen  
Recklinghausen  
Siegen  
Velbert  
Viersen  
Voerden  
Wermelskirchen  
Willich  
Wülfrath  
Wuppertal

*Städte und Gemeinden, die in dieser Aufstellung nicht enthalten sind, haben der LAGA NRW den Wahltermin noch nicht mitgeteilt.*



# Das Schiff kommt ...

**Jugendliche setzen die Segel – für Respekt, Gleichberechtigung und Menschenwürde. Ein Projekt der antirassistischen Jugendbildungsarbeit vom 13. September bis 1. Oktober 1999 in NRW**

Das Schiff wird im Herbst 1999 drei Wochen lang in Nordrhein-Westfalen unterwegs sein und in sechs Städten für jeweils drei bis vier Tage anlegen, um jungen Menschen eine attraktive und spannende Umgebung zu bieten, sich mit interkulturellen Konflikten, Diskriminierung und Gewalt auseinanderzusetzen. An jeweils zwei Tagen pro Stadt werden Workshops und Trainings angeboten, die in den Räumlichkeiten des Schiffes stattfinden oder vom Schiff ausgehend in die Städte hineingetragen werden.

Diskriminierung und Gewalt sind als Thematik nicht neu, dennoch aktuell, werden aber vielfach in Schulen, in den Medien, in Veranstaltungen und Vorträgen in einer Form behandelt, die Jugendliche wenig anspricht, wenn nicht sogar abschreckt. Menschen für Alltagsrassismus, Diskriminierung und Gewalt zu sensibilisieren, ist nicht einfach, denn rassistische und gewaltorientierte Sichtweisen sind kaum spürbar anerzogen und verinnerlicht worden, bleiben zumeist unreflektiert und finden größtenteils unbewußt ihren Niederschlag. Die ganztägigen Workshops und Trainings, die von ausgebildeten und erfahrenen Trainern und Spielpädagogen angeboten werden, arbeiten daher überwiegend mit Rollenspielen und affektiven Mitteln, die ermöglichen, das eigene Verhalten zu reflektieren.

Wichtig ist hierbei, daß die ganze Person mit all ihren Stärken und Schwächen, ihren Vorurteilen und stillschweigenden Annahmen angesprochen wird. Die teilnehmenden

Jugendlichen lernen neue Sichtweisen kennen, indem z.B. Konfliktsituationen simuliert und Meinungs- bzw. Verhaltensänderungen im Spiel erprobt werden können.

Mit dem Schiff werden die Jugendlichen dort erreicht, wo sie leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Die Themen Diskriminierung und Gewalt werden nicht im Frontalunterricht, sondern im Erlebnis, im Spiel und in der Eigen-Erfahrung vermittelt bzw. zur Diskussion gestellt.

Das Spektrum der Angebote ist breit gefächert und für Jugendliche attraktiv. Es wird Workshops geben, die sich mit dem Medium Film/Video auseinandersetzen, mit Musik und Rhythmus und dem Internet. Weitere Angebote sind u.a. Anti-Gewalt- und Konfliktlösungs-Trainings, Planspiele, Mitmach-Theater, RAP-Workshops, Antirassismus-Trainings und Stadterkundungsrallyes. Die Ergebnisse der einzelnen Trainingseinheiten (Videos, Musikstücke, Wandzeitungen, Internetseiten etc.) werden am Abend unter den verschiedenen teilnehmenden Jugendgruppen in Form von Darbietungen und Ausstellungen auf dem Schiff präsentiert.

## Tage der offenen Luken

In jeder Stadt gehört ein Tag der Öffentlichkeit. An diesen „Tagen der offenen Luken“ wird mit lokalen Gruppen und Initiativen ein vielseitiges Programm für Gäste aller Altersklassen geboten: Konzerte, Kabarett, Theater, Ausstellungen

und Diskussionsrunden sollen die Ergebnisse der vorangegangenen „Arbeitstage“ einem breiten Publikum auf populäre Weise nahe bringen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen wird sich an der Gestaltung des Programms beteiligen. Gemeinsam mit den örtlichen Ausländerbeiräten wird an dem jeweiligen „Tag der offenen Luken“ eine Diskussionsstunde gestaltet. Dabei sollen die Arbeit des örtlichen Beirates und der LAGA vorgestellt werden. Die politische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in den Kommunen wird dabei im Mittelpunkt stehen.

## Das Schiff kommt nach ...

Hier einige Veranstaltungshinweise aus dem umfangreichen Programm der Schiffstour durch Nordrhein-Westfalen. Für die Richtigkeit der Termine kann keine Gewähr übernommen werden. Wer es genau wissen will, sollte deshalb unbedingt das komplette Programm anfordern oder ins Internet schauen.

Kontaktadresse:

version

Dorothea Schütze

Vor den Siebenburgen 32

50676 Köln

Tel.: 0221 - 932 16 30

e-mail:

info@das-schiff-kommt.de

Internet:

www.das-schiff-kommt.de

## Bonn, 13. - 15. September

### Montag 13.9.

- ab 12 Uhr:* Tag der offenen Luken,  
*12 - 14 h:* Taufe des Schiffes mit der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen  
*16-17 h:* Präsentation Ausstellung „Rassismus und Medien“

## Köln, 16. - 18. September

### Samstag, 18. 9.

- ab 12 Uhr:* Tag der offenen Luken,  
*13 - 14 h:* Rundfahrt mit Flüchtlingsfamilien wahrscheinlich  
*14 - 16 h:* Präsentation „Schule ohne Rassismus“  
*20.30 - 23 h:* Open-Air-Kino: „Schwarzfahrer“ und „Sehnsucht“; anschließend Diskussion mit Regisseur

## Leverkusen, 19. -21. September

Bei Redaktionsschluß lagen leider keine Termine vor. Bitte informieren Sie sich über das Internet oder fordern Sie das Programm an.

## Düsseldorf, 22. - 25. September

### Donnerstag, 23.9.

- Tag der offenen Luken,  
*ca. 15 - 18 h:* Workshop: Rassismus und Rechtsextremismus in Gewerkschaften  
*14 - 16.30 h:* Planspiel: Deutschländer-Inländer-Ausländer 23.  
*abends:* Konzert „Midges at work“

### Samstag 25.9.

- Tag der offenen Luken,  
*16 h:* Kabarett mit Heinrich Pacht  
*18 h:* Theater „Aber die Hebammen fürchten Gott“  
*14 - 16.30 h:* Planspiel: Deutschländer-Inländer-Ausländer 23.

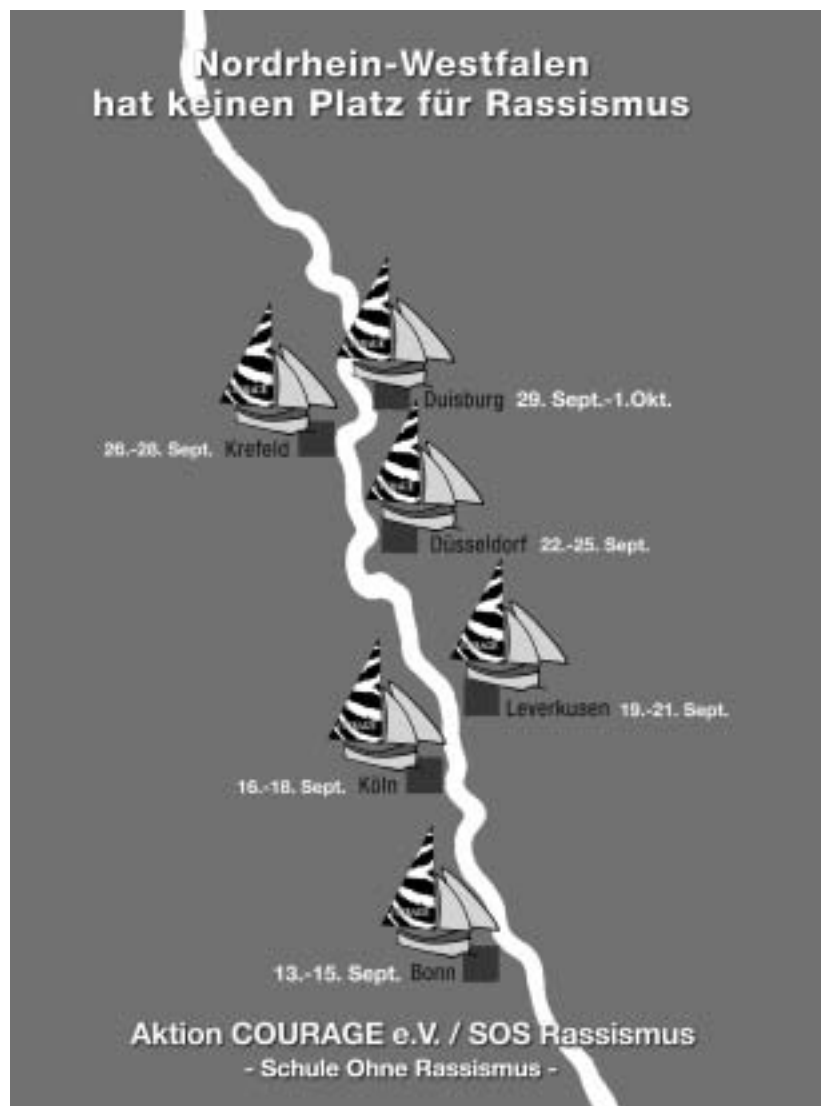
## Krefeld, 26. - 28. September

### Samstag 26.9.

- Tag der offenen Luken  
*ganztägig* Ausstellung: Entwicklungsland D  
*abends:* Film: Der Schwarzfahrer  
*ca. 18 h* Konzert: Sons of Gstarbeita

## Duisburg, 29. September bis 1. Oktober

Bei Redaktionsschluß lagen leider keine Termine vor. Bitte informieren Sie sich über das Internet oder fordern Sie das Programm an.



## LAGA-NRW:

# Migrationsausschüsse vorerst auf Eis

Viel Verwirrung gab es zu Beginn des laufenden Jahres 1999 als im Zuge der von der Landesregierung NRW geplanten Verwaltungsreform bekannt wurde, daß in den Kommunen die Ausländerbeiräte durch sogenannte Ausschüsse für Zuwanderung und Integration ersetzt werden sollten. Die Aufregung und Irritationen in diesem Zusammenhang hat sich die Landesregierung zum Teil selber zuzuschreiben, weil die Ausführungen im Gesetzentwurf für juristische Laien nicht auf den ersten Blick verständlich waren.

Inzwischen hat sich einiges geklärt. Hier der aktuelle Stand der Dinge:

Nach § 58 des Kommunalisierungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen konnte in Solingen auf Antrag des Rates und des Ausländerbeirates ein solcher Ausschuß für Zuwanderung und Integration eingerichtet werden. Das Innenministerium genehmigte dieses Experiment per Rechtsverordnung. In Solingen beraten also deutsche und Ausländer in einem Ausschuß gemeinsam in Sachen Migrationspolitik.

Um diesem Experiment eine bessere rechtliche Grundlage zu geben, beschloß die Landesregierung, folgendes in ihren Gesetzentwurf zur Verwaltungsreform aufzunehmen. Nach § 126 könne eine Kommune auf Antrag den Ausländerbeirat durch einen Ausschuß für Zuwanderung und Integration ersetzen.

Das eigentliche Problem war weniger der Inhalt des Paragraphen als vielmehr das, was darin fehlte. So blieb völlig unklar, ob die Räte dies auch ohne Zustimmung der Ausländerbeiräte beantragen können und und und. Kein Wunder also, daß es zu heftigen Diskussionen in den Kommunen kam. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte warnte sofort, diese Klausel im Modernisierungsgesetz, wie es offiziell heißt, nicht zur Abschaffung der Ausländerbeiräte auszunutzen. Außerdem wies der Vorsitzende der LAGA Tayfun Kelttek in einer Stellungnahme vor dem Landtag darauf hin, daß es auch verfassungsrechtliche Probleme bei der Umsetzung der Klausel gebe. (s. Dokumentation)

Doch nun hat sich die Situation geklärt – zumindest vorläufig. Bereits am 2. Juni 1999 stellte die Sozialministerin von NRW Ilse Brusis auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der LAGA fest:

„Auch für andere Gemeinden, die diese Klausel in Anspruch nehmen wollen, gilt: Es bedarf einer entsprechenden Rechtsverordnung der Landesregierung, die erst dann erteilt wird, wenn nachgewiesen ist, daß es nicht um eine Einschränkung, sondern um eine Verbesserung der kommunalpolitischen Mitwirkung von Ausländerinnen und Ausländern geht. Der Ausländerbeirat bleibt die Regel, der Zuwanderungsausschuß die versuchsweise Ausnahme.“

Dennoch stellten vier Großstädte einen Antrag an das Innenministerium in Düsseldorf, darunter Essen und Dortmund. In diesen Städten war es zu einer Übereinkunft zwischen den Räten und den Ausländerbeiräten gekommen, das Experiment zu wagen. Allerdings forderte man im Sinne einer Erweiterung der Mitwirkungsrechte eine Genehmigung unter gewissen Bedingungen: Die ausländischen Mitglieder der zu bildenden Zuwanderungsausschüsse sollten mit ihren deutschen Kollegen gleichberechtigt und außerdem in der Mehrheit sein. Nach eingehender Prüfung dieser Anträge kommt das Innenministerium nun zu dem Schluß, daß eine solche Genehmigung nicht erteilt werden kann. Wegen verfassungsrechtlicher Probleme, könnte eine Genehmigung nur erteilt werden, wenn die gewählten – deutschen – Ratsmitglieder in dem Ausschuß die Mehrheit besitzen. Das aber wäre eher eine Einschränkung denn eine Erweiterung der Mitwirkungsrechte – und somit politisch nicht gewollt. Um nun die Wahltermine zu den Ausländerbeiräten nicht in Frage zu stellen, hat das Innenministerium beschlossen, keine solchen Anträge zu genehmigen.

Damit folgt das Innenministerium letztlich einer Anregung der LAGA, wonach in diesem Jahr zunächst die Beiräte gewählt werden sollen und danach eine intensive Diskussion zu dem Thema beginnt.

Die Entscheidung hat übrigens recht weitreichende Folgen. Einmal demokratisch gewählte Gremien können nicht so einfach abgeschafft werden – auch durch eigene Entscheidung nicht. Die Ausländerbeiräte werden also in ihrer großen Mehrheit noch die nächsten fünf Jahre bestehen. Wenn es dann eine bessere Institution gibt, dann mag sie kommen.

## Dokumentation

### Rede von Tayfun Kelttek vor dem Landtag NRW zu § 126 Gemeindeordnung, Bildung von Ausschüssen für Zuwanderung und Integration (Migrationsausschüsse)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Im Rahmen des Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung soll u.a. in §126 der Gemeindeordnung ein Absatz 3 eingefügt werden, der Gemeinden auf Antrag und zeitlich befristet erlauben soll, anstelle von Ausländerbeiräten nach § 27 GO Ausschüsse für Zuwanderung und Integration einzurichten.

Die LAGA NRW war es, die bereits bei ihrer Gründung im Oktober 1996 eine bessere Verzahnung der Arbeit von Rat, Verwaltung und Ausländerbeiräten gefordert hat. ... So wurde u.a. festgestellt, daß die Bezeichnung „Ausländerbeirat“ nicht mehr zeitgemäß ist und überdacht werden muß. Auch die Voraussetzungen, unter denen sich die LAGA die Einrichtung von kommunalen Migrationsausschüssen vorstellen kann, wurden genannt. Diese Forderungen bzw. Anregungen wurden an die Landesregierung und die Landtagsfraktionen weitergegeben.

Die Reaktion auf diese Anregungen bestand leider nur darin, daß mitgeteilt wurde, daß eine Novellierung der Gemeindeordnung für diese Legislaturperiode nicht mehr vorgesehen sei und die Wahlen zu den Ausländerbeiräten 1999 nach den Bedingungen des § 27 GO stattfinden.

Um so überraschender und enttäuschender ist es für die LAGA, daß über die sogenannte Experimentierklausel nunmehr die Institution „Ausländerbeirat“ ausgehöhlt werden soll.

Diese Auffassung möchte ich kurz begründen:

Der Entwurf des § 126 Abs. 3 GO sagt lediglich aus, daß durch Rechtsverordnung Gemeinden auf Antrag und zeitlich befristet erlaubt werden soll, anstelle von Ausländerbeiräten nach § 27 GO Ausschüsse für Zuwanderung und Integration einzurichten. Weitere Aussagen enthält der Entwurf nicht, also keine Festlegung hinsichtlich konkreter Zu-

sammensetzung und Zustandekommen.

Das hat zum Beispiel schon dazu geführt, daß in einer Großstadt zumindest angedacht wurde, die Migrantinnen und Migranten durch ein Delegationsverfahren in diesen Ausschuß zu berufen.

...  
Auch die Begründung gibt keinen Hinweis darauf, wie die Ausschüsse zusammengesetzt sein und welche Kompetenzen sie haben sollen. Regelungen die unbedingt einheitlich getroffen werden müssen und unbedingt nötig sind.

Die LAGA hat bereits in ihrem genannten Beschluß vom Herbst 1997 erklärt, daß sie einen kommunalen Migrationsausschuß, in dem die gewählten Migrantinnen und Migranten in einem Verhältnis 2/3 zu 1/3 vertreten sind und der Beschlußrechte wie jeder andere Ausschuß hat, als Chance zur Verbesserung der kommunalen Migrationsarbeit ansieht. Ich würde mich daher freuen, wenn, wie ebenfalls aus einer Großstadt zu hören war, ein entsprechender Antrag Erfolg hätte. Eine Experimentierklausel mit solchen konkreten Bedingungen würde die LAGA begrüßen.

Doch nach allem was bisher aus dem Innenministerium zu hören war, dürfte ein solcher Antrag kaum Aussicht auf Genehmigung haben, was für mich auch rechtlich nachvollziehbar ist.

Denn aus dem Innenministerium wurde uns ... unmißverständlich mitgeteilt, daß zum einen die Ratsmitglieder in den Ausschüssen für Zuwanderung und Integration zumindest im Verhältnis 50% plus eine Stimme in der Mehrheit sein müssen und zum anderen der Ausschuß nicht mehr Kompetenzen haben sollte als der Ausländerbeirat nach § 27 GO.

Ich weiß, daß das in Solingen hinsichtlich der Kompetenzen anders gesehen wird, ich kann aber der Auffassung des Innenministeriums problemlos folgen. Denn dort werden verfassungsrechtliche Schwierigkeiten gesehen, wenn ein Ausschuß mit den Stimmen der Migrantinnen und Migranten, möglicherweise gegen die Stimmen der Ratsmitglieder, Be-



schlüsse faßt, die die Gemeinde binden. Deshalb wird auch ein solcher Ausschuß nur Empfehlungen und Anregungen abgeben dürfen, die von einem übergeordneten Ausschuß oder dem Rat abgesegnet werden müssen.

Wo ist hier die Verbesserung gegenüber dem derzeitigen Zustand? Auch dann müssen sich die Ratsmitglieder nicht der Diskussion und eventuell Konfrontation mit dem Ausländerbeirat stellen, da sie die „Entscheidung“ des Beirates immer noch korrigieren können. Im übrigen stellt auch das genannte Mehrheitsverhältnis zugunsten der Ratsmitglieder keine rechtliche Sicherheit her. Wer will denn ausschließen, daß auch bei dieser Zusammensetzung Einwohner/innen (die gewählten Migrantinnen und Migranten) mit einigen Bürgern (Ratsmitgliedern) gegen die Mehrheit der Bürger im Ausschuß Beschlüsse fassen. Ich weiß nicht, ob diese Fragen rechtlich abschließend geprüft sind, ich befürchte, daß sie einer verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht standhalten und damit der politischen Partizipation der Migrantinnen und Migranten kein Gefallen getan wird.

...  
Ein in Gesetzentwurf und Begründung nicht schriftlich niedergelegter, aber

nach meiner Auffassung immer im Raum stehender Grund für die Einführung der Experimentierklausel, ist das Vorurteil der sogenannten Türkenbeiräte, in denen nicht alle in den Städten lebenden Migrantinnen und Migranten angemessen vertreten sind.

Eine Tatsache ist, daß die Menschen türkischer Abstammung und mit türkischem Paß nun einmal mit Abstand die größte Gruppe der Migrantinnen und Migranten in NRW stellen und auch mit Abstand die höchste Wahlbeteiligung erzielt haben (ein Umstand, für den sie „bestraft“ werden müssen?) und, wie die Studie der LAGA über die Arbeit der Ausländerbeiräte beweist, bei ihrer Arbeit Themen von allgemeinem migrationspolitischen Interesse im Vordergrund stehen.

Will man aber eine breitere Streuung der Mandate auf Vertreter und Vertreterinnen anderer als türkischer Herkunft erreichen, kann man das sicher nicht mit einer Reduzierung der Zahl der zu Wählenden. Es dürfte jedem, der sich einigermaßen mit dem Wahlrecht auskennt, einsichtig sein, daß eher das Gegenteil eintritt.

Daß Ratsmitglieder besser als türkischstämmige Menschen die Interessen der „sonstigen Migrantinnen und Migranten“ einbringen könnten, muß erst noch bewiesen werden. Und das Eingebürgerte und „EU-Ausländer“ in großer Zahl in die Räte einziehen und dann in dem Ausschuß mitarbeiten, bleibt wohl auch ein Traum.

...  
*Deshalb lautet der Appell der LAGA:*  
Verzichten Sie jetzt auf die Einführung der Möglichkeit zur Einrichtung von Ausschüssen für Zuwanderung und Integration.

Lassen Sie § 27 der Gemeindeordnung so wie er ist und unterstützen Sie die Wahlen. Und führen Sie nach den Wahlen auf kommunaler Ebene mit den örtlichen Beiräten und auf Landesebene mit der LAGA die Diskussion über eine bessere Zusammenarbeit und eine auf breiter Basis abgesicherte gesetzliche Regelung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten.

## Düstere Aussichten auf dem Arbeitsmarkt

# Junge Migrantinnen und Migranten tun sich bei der Arbeitssuche besonders schwer

Das größte Problem der Gesellschaft sei die Arbeitslosigkeit, sagen Politiker aller Parteien immer wieder und beschwören dann immer den Kampf gegen diese Geißel. Und obwohl man angesichts einer offiziellen Arbeitslosigkeit von rund 4 Millionen Menschen in Deutschland nicht mehr sagen kann, daß dieses Problem nur soziale Randgruppen trifft, so bleibt doch festzustellen, daß es soziale Gruppen gibt, die härter von Arbeitslosigkeit betroffen sind als andere.

Migrantinnen und Migranten gehören leider zu den stärker betroffenen Gruppen. Dr. Hans Jürgen Baedeker, Staatssekretär im Arbeitsministerium NRW beschrieb die Situation bei einer Tagung der LAGA so: „Während das eine allgemeine Arbeitslosenquote von 11,1 Prozent bedeutet, liegen die Zahlen bei ausländischen Mitbürgern mit rund 21,5 Prozent nach wie vor fast doppelt so hoch. Etwa jeder 5. Arbeitslose zählt zur Gruppe der Zuwanderer. Bei jungen Migranten bis 25 Jahre sieht die Situation noch deutlich schlechter aus. Hier gehört jeder 4. Arbeitslose zur Gruppe der jungen Migranten. Bei den Langzeitarbeitslosen steigt der Anteil der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien dann sogar auf 1/3. Die Alterstruktur der Arbeitslosigkeit zeigt, daß bei Migranten in besonderer Weise ein Problem des Berufseinstiegs vorliegt.“



Dr. Hans Jürgen Baedeker

## Weniger Migranten in Ausbildung

Diese von Baedeker beschriebene Tendenz wird durch statistische Erhebungen bestätigt. Die Zahl der Auszubildenden mit Migrationshintergrund nimmt ab. Nach einem Höchststand von 36.452 jungen Migrantinnen und Migranten in Ausbildung im Jahre 1993 ging er 1997 in Nordrhein-Westfalen auf 30.981 zurück. Lediglich die Zahl der jungen Migrantinnen in Ausbildung steigt erfreulicherweise. (siehe Tabelle)

Spezifische Angebote zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter jungen Migrantinnen und Migranten sind also dringend geboten. Diverse Ausländerbeiräte und auch die LAGA NRW haben sich des Themas angenommen und einige konstruktive Vorschläge gemacht. Der Bonner Ausländerbeirat hat bereits im April 1998 das Thema aufgegriffen und erste Anträge beschlossen, die vom dortigen Stadtrat aufgenommen wurden.

So beschloß der Bonner Rat einen besonderen Jugendhilfeplan, der ausländischen Jugendlichen bei der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplatz Hilfestellungen zur Verfügung stellt. Ein weiteres Beispiel ist das Engagement von Beiratsmitgliedern in der westfälischen Kleinstadt Wetter. Dort besuchen die Migrantenvertreter Vereine und Zentren, in denen sich viele junge Migranten aufhalten, um ihnen persönliche Bera-



Dr. Hans-Bert Bong

tungen geben zu können. Arbeitsämter und Berufsinformationszentren könnten nicht immer auf die spezifischen Bedürfnisse junger Migranten eingehen, meint Misada Hasanovic, Beiratsmitglied in Wetter.

## Chance für die Globalisierung

Die LAGA NRW hat in der Dokumentation „Schwung für unsere Zukunft“ ausdrücklich auf die Chancen hingewiesen, die Unternehmen durch die Ausbildung ausländischer Jugendlicher haben. In

## Ausländische Beschäftigte und Auszubildende in NRW von 1990 bis 1997 jeweils am 30. Juni

	Beschäftigte		davon: Auszubildende	
	Gesamt	davon weiblich in %	Gesamt	davon weiblich in %
1990	468.409	28,9	22.324	35,9
1991	492.694	28,6	26.561	37,4
1992	544.271	29,8	29.964	38,5
1993	<b>549.998</b>	30,8	<b>36.452</b>	39,9
1994	541.225	30,8	35.512	39,9
1995	541.351	30,8	35.618	41,1
1996	524.534	31,1	32.953	41,1
1997	515.655	31,1	30.981	46,2



Zeiten, in denen ständig die Anforderungen der Globalisierung beschworen werden, wäre es ein fataler Irrtum die Fähigkeiten junger Migranten außer Acht zu lassen. Denn diese jungen Menschen können bereits, was von ihren Altersgenossen erwartet wird: Sie sind mehrsprachig aufgewachsen, sie finden sich relativ problemlos in verschiedenen Kulturkreisen zu recht. Eigenschaften, die international tätige Unternehmen gut gebrauchen können, wenn es um die Gewinnung neuer Märkte geht.

Darüber hinaus läßt sich feststellen, daß eine vielfältige Belegschaft die Kreativität und Teamarbeit in einer Firma fördern. Dr. Hans-Bert Bong von Ford Köln: „Vielfalt unter den Mitarbeitern führt zu mehr Kreativität und innovativen Ideen. So hat eine unabhängige Studie in USA ergeben, daß vielfältige und bereichsübergreifende Teams wesentlich produktiver sein können. So kommt ein solches diverses Team bei komplexen Problemstellungen häufig schneller zu besseren Lösungen.“

Die Förderung junger Migrantinnen und Migranten in Ausbildung und Beruf gewinnt eine besondere Bedeutung. Sie ist nämlich zugleich Wirtschaftsförderung im besten Sinne des Wortes. Allerdings läßt sich aus den aufgeführten Erkenntnissen auch leicht ableiten, daß die gängigen Förderprogramme zwar wichtig und richtig sind, häufig aber zu kurz greifen.

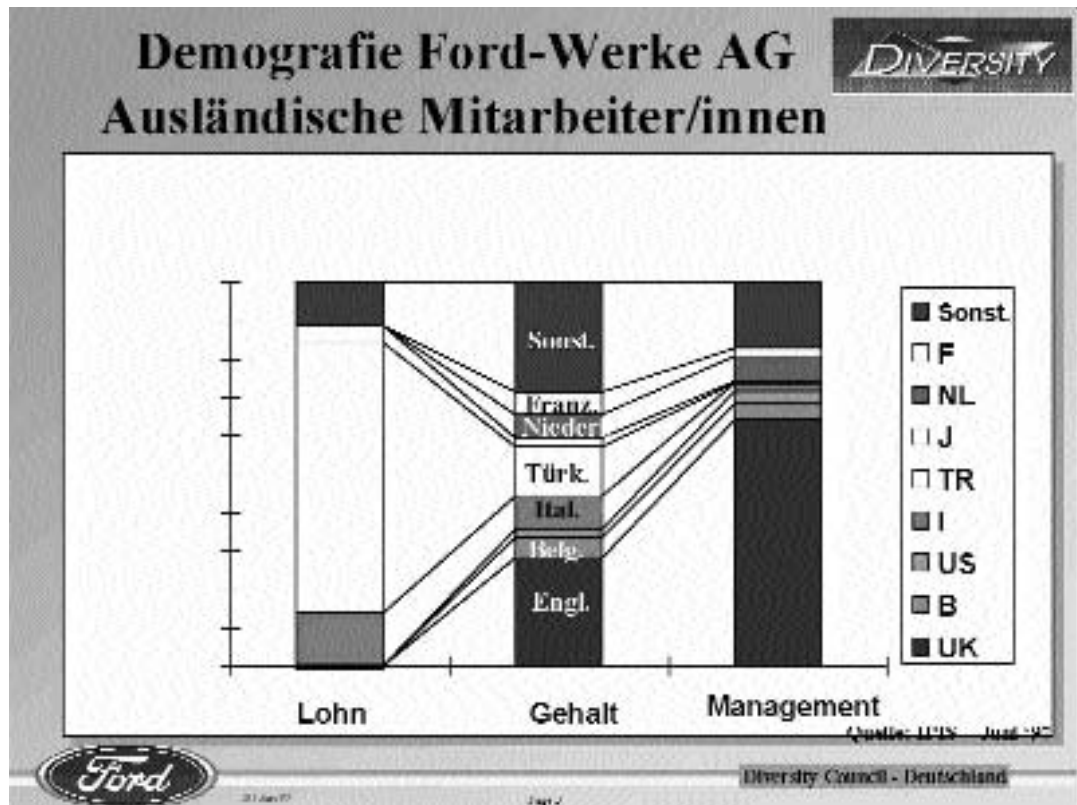
### Qualifizierungsoffensive

Bereits 1996 startete der damalige nordrhein-westfälische Arbeitsminister Axel Horstmann das Programm „Gleiche Qualifizierungschancen für Jugendliche aus Zuwandererfamilien“. Hinter dem umständlichen Titel verbarg sich der Versuch, zusammen mit anderen Organisationen die Berufsausbildung von jungen Migranten zu fördern. Unter anderem werden bis heute Berufsförderlehrgänge

durchgeführt, bei denen die Jugendlichen die Gelegenheit haben, eine breite Palette von Berufen kennenzulernen und sich auf eine Ausbildungsstelle vorbereiten können. Seit Beginn des 100.000-Jobs-Programms der Bundesregierung stehen den Arbeitsämtern zusätzliche Gelder zur Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen zur Verfügung. Neu ist dabei, daß die Arbeitsämter mit dem Geld auch Zuschüsse für zusätzliche Lehrstellen in bestehenden Betrieben gewähren können. Eine Chance für ausländische Unternehmen, sich auch in der Ausbildung zu betätigen. Die nordrhein-westfälische Initiative „Pro Ausbildung“ legt einen ihrer Schwerpunkte auf die Aufklärung ausländischer Unternehmer, um sie zur Schaffung von Lehrstellen zu bewegen. Erfolge oder Mißerfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter jungen Migrantinnen und Migranten lassen sich derzeit noch schwer messen.

Sollen die Erfolge aber durchgreifend sein, so muß stärker als bisher auf die besonderen Fähigkeiten der jungen Migranten hingewiesen

werden. Die verstärkte Förderung von Zweisprachigkeit in Schule und Beruf wird die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für diese jungen Menschen eindeutig verbessern – und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland stärken.



### Schwung für unsere Zukunft

JUGENDLICHE AUS ZUWANDERER-FAMILIEN –

... VIELFALT ALS CHANCE IN AUSBILDUNG UND BERUF



# Sport als Mittel zur Integration

## Sportpolitische Veranstaltung der LAGA in Herne brachte viele neue Erkenntnisse

Wann immer es um Fragen der besseren Integration von Migrantinnen und Migranten geht, wird der Sport als geeignetes Mittel propagiert. Die gemeinsamen Erlebnisse durch die sportliche Betätigung insbesondere in Vereinen, förderten die Begegnung und das Verständnis füreinander.

Die Realität zeigt aber oftmals ein ganz anderes Bild vom Sport. Im Vereinsleben sind Migrantinnen und Migranten kaum vertreten, weil sie nur selten in Funktionen tätig sind. Darüber hinaus haben sie spezifische Bedürfnisse, die nur selten berücksichtigt werden. Eine wachsende Zahl von Migrantensportvereinen dokumentiert das.

Welche Chancen und Probleme sich aus dieser Tendenz ergeben, wurde am 5. Juni in Herne diskutiert. Tayfun Kelttek, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte und im Hauptberuf Sportlehrer eröffnete die Tagung. Unter den zahlreichen Gästen waren die Sportministerin von Nordrhein-Westfalen Ilse Brusis, der Herner Oberbürgermeister Becker, der Leiter des Essener Zentrums für Türkeistudien Faruk Sen sowie der Sportsoziologe Dr. Diethelm Blecking.

In Workshops und Diskussionen wurde über die sportpolitischen Erfahrungen der Ausländerbeiräte und der Kommunen berichtet und die Tätigkeit der Vereine präsentiert. Großes Interesse fanden Projekte, die den Sport unter muslimischen Frauen fördern und entsprechende Angebote machen.

Die wichtigsten Erkenntnisse der Tagung konnte Tayfun Kelttek zwei Tage später, am 7. Juni vor dem Landtag in Düsseldorf, darstellen.

### Dokumentation

#### **Statement der LAGA NRW zum Thema „Sport und Migration“ anlässlich der Sitzung des Sportausschusses des Landtags vom 7.6.1999**

Der Sport bringt die Menschen zusammen. Er bringt sogar sehr viele Menschen zusammen, Frauen und Männer, Inländer und Ausländer, aber gerade da-

durch schafft der Sport auch Anlässe und Gelegenheiten für mannigfaltige Konflikte.

Das letzte Jahr, das Jahr 1998, war in dieser Hinsicht ein sehr lehrreiches Jahr. Ich darf Sie in diesem Zusammenhang erinnern an die schrecklichen, gewalttätigen Ereignisse bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Frankreich, die jetzt noch in Essen von der Justiz nachbearbeitet werden, an den Dopingskandal bei der Tour-de-France und die Schmiergeldaffäre im Internationalen Olympischen Komitee. Der Sport, dieses hat das Jahr 1998 nachdrücklich gezeigt, spiegelt die Zustände in den westlichen Industrienationen wider, er spiegelt auch ihre Integrationsfähigkeit und ihre Fähigkeit wieder, Fremde und Fremdes zu ertragen, damit meine ich:

Zusammenleben human und produktiv für alle zu gestalten.

Schauen wir uns die Verhältnisse im organisierten Sport in Deutschland in diesem Zusammenhang an, so kommen sportsoziologische Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß der Prozentsatz der Ausländer in den Vereinen des Deutschen Sportbundes (DSB) bei unter 1% liegt, während der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung in Deutschland etwa 9% beträgt. Sportkontakte zwischen Deutschen und Migranten sind deshalb eher selten. Auf der anderen Seite steigt seit der Vereinigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik im Jahre 1990 die Zahl eigenethnischer Vereine besonders unter den türkischen Migranten stetig an. Konflikte gerade zwischen Fußballvereinen von Migranten- und deutschen Klubs nehmen zu. Auch die Welt des Sports ist auf der Ebene interkultureller Kontakte offenbar alles andere als heil.

Damit in diesem Zusammenhang hier kein dramatisches Krisenszenario entworfen wird, möchte ich Sie und alle Verantwortlichen bitten, daß wir uns gemeinsam einmal klar machen, daß die Geschichte der Migration nach Deutschland und in andere Industriestaaten zeigt, daß Migranten in der Regel eigene Sportklubs organisieren. So z.B. auch die deutschen Auswanderer nach Südamerika, Kanada und in die USA, wo diese Klubs bis heute Teil eines bunten kultu-

rellen öffentlichen Lebens sind. Aber auch die Polen im Ruhrgebiet, die neben eigenen Kirchenvereinen, Gewerkschaften und einer ganzen polnischen Infrastruktur in Rheinland und Westfalen auch unter dem bösen Blick der deutschen Behörden eigene Sportvereine gründeten. ...

Warum mache ich diesen historischen Exkurs? Weil doch Sportverbände, Politik und Administration Schwierigkeiten haben, sich auf die Tendenz zu Migrantenvereinen einzustellen, weil doch ihre Politik auf die Eingliederung der Migranten in die deutschen Sportorganisationen ausgerichtet war. Weil es wichtig ist, daß den Verantwortungsträgern klar wird, daß die Gründung eigener Sportorganisationen von Migranten ein normaler Vorgang ist, der nicht künstlich mit Bedeutung aufgeladen werden sollte.

Allerdings verlangt diese Form der Differenzierung in einer pluralistischen Bürgergesellschaft, daß bei der Verteilung von Ressourcen, d.h. Zuschüssen, Plätzen, Hallen usw. die Organisationen der Migranten gleichberechtigt berücksichtigt werden. Diese Gleichstellung ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern quer durch die Republik bisher nicht gewährleistet. ... So konnte man im SPIEGEL nachlesen, daß der Bürgermeister einer Kleinstadt im Badischen türkischen Bürgern, die um Zuteilung eines öffentlichen Fußballfeldes baten, doch eine Bauchtanzgruppe aufzumachen.

In Hessen werden neuerdings Plätze in Erbpacht an deutsche Klubs vergeben, um eine Zuteilung an Migrantenvereine zu verhindern. Diese Verhaltensweisen, die den demokratischen Konsens verletzen und integrationsfeindlich sind, unterstelle ich hier niemandem, aber diese Vorgänge zeigen, wie wichtig es ist, daß auf die Sportämter der Kommunen eingewirkt wird, für Gleichberechtigung zu sorgen. Bei eklatanten Verstößen gegen Gleichstellung von Migrantenorganisationen sollten auch die Verwaltungsgerichte eingeschaltet werden.

... Fußball birgt Gewalt, auch und gerade in den unteren Ligen zwischen Migrantenvereinen und deutschen Klubs, die Spielberichte sind voll davon, man



kann dies nicht wegreden. Deshalb müssen sich Politik und Fußballbund Gedanken über Gewaltprävention machen.

Ausländerbeauftragte im Verband, Schiedsrichterschulung, öffentliche Aufklärung über den Gewaltanteil im Fußball, runde Tische in Kommunen, über all das muß nachgedacht werden, damit dieser spannende Kampfsport weiter den Regeln nach betrieben werden kann.

Ein ganz großes ungelöstes Problem, ein Problem, das mir besonders am Herzen liegt ist der Sport für Migrantinnen, gerade für muslimische Frauen, die praktisch weder in deutschen noch in eigenethnischen Vereinen organisiert sind oder Sport treiben. Hier sind die interkulturellen Sozialisationsbarrieren am größten. Das Zentrum für Türkeistudium hat hierzu wichtige Vorschläge gemacht, der Landessportbund und das MASSKS haben ein Projekt zu diesem Thema aufgelegt. Diese Vorschläge und Ergebnisse sollten auch in die Politik der Verbände und Kommunen und auch in die Schulpolitik eingehen.

In unserem Land treiben immer mehr Menschen Sport auch außerhalb der Organisationen und der Vereine. Es gibt inzwischen Bemühungen bei der Planung unserer Städte auf die Bedürfnisse dieser Menschen zu achten und Räume für Bewegung und Entspannung mit in die Stadtplanung einzubeziehen. Ich möchte hier die Anregung geben, auch in diesem Zusammenhang sensibler und in-

tensiver über verschiedene kulturelle Bedürfnisse auch auf dieser Ebene nachzudenken.

Wir alle sind gespannt auf die Auswirkungen des neuen Staatsbürgerrechts, das am 1.1.2000 in Kraft tritt. Die Erfahrung mit der polnischen Migration vor dem Ersten Weltkrieg hat gezeigt, daß die Gleichstellung im Staatsbürgerrecht die oben genannten Probleme nicht ad hoc lösen wird. ...

Ich möchte deshalb dafür plädieren, daß Politik und Verbände gelassener mit den verschiedenen Organisationsformen der Migranten als Einzelmitglieder in deutschen Vereinen oder in eigenen Organisationen umgehen. Die hier angelegten Probleme und Konflikte sind auf längere Dauer gestellt und werden mit dem nächsten Jahrtausend nicht verschwinden. ...

Ich bin trotz aller genannten Schwierigkeiten davon überzeugt, daß Sport viele Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen im Sinne der Integration zusammenbringen kann, wenn wir gezielt positive Aspekte des Sporttreibens herausstellen und einsetzen. Dabei ist die Tatsache der kulturellen Vielfalt der Migranten nicht als Defizit sondern als ein Reichtum anzunehmen.

Allererste Priorität muß das Ziel haben, den Prozentsatz der Sport treibenden Migranten und insbesondere der Migrantinnen wesentlich zu erhöhen, unabhängig davon, ob und gegebenenfalls in welchem Sportverein sie sich sportlich betätigen.

Das zweite Ziel muß das gemeinsame Sporttreiben der Einheimischen und der Migranten sein. Ob das in einem sogenannten deutschen Sportverein oder in einem von den Migranten/innen gegründeten Sportverein stattfindet, ist meiner Meinung nach sekundär.

Zum Schluß möchte ich stichwortartig einige persönliche Aussagen über die Migrantensportvereine machen:

- ▶ Die Vereine haben neben rein sportlichen Funktionen mehr als deutsche Vereine auch gesellschaftliche Aufgaben.
- ▶ Bei der Sportstättenverteilung haben sie durch ihr meist erst sehr kurzes Bestehen große Nachteile, sie müssen sich sozusagen immer „ganz hinten anstellen“.

▶ Öffentliche Förderung wird von ihnen, aus welchen Gründen auch immer, wenig in Anspruch genommen.

Ein großer Nachteil dieser Vereine ist die oft fehlende Kontinuität in der Vorstandsarbeit.

Migrantenvereine sind meist kleine Einheiten, sie sind finanziell sehr schwach.

Schiedsrichter und Verbandsvertreter sind häufig auf die Mentalität der Migrantinnen und Migranten nicht vorbereitet, diese wiederum betrachten oft Fehlentscheidungen als Diskriminierung. Fortbildung muß hier für einen selbstverständlicheren Umgang sorgen.

Die allermeisten sogenannten eigenethnischen Sportvereine nehmen besonders gerne deutsche Sportler oder Sportler anderer Herkunftsländer und ihre Familien in ihr Vereinsleben auf.

### Mit Musik, Theater und Gesang gegen Rassismus und Gewalt

Mit Beginn des Schuljahres ist an 38 Grundschulen in NRW das multikulturelle Projekt MUS-E gestartet. Rund 60 Künstler werden in der auf drei Jahre angelegten Initiative mit Schulkindern in 26 benachteiligten Stadtteilen arbeiten, um Rassismus und Gewalt durch Musik, Gesang, Tanz und Theater entgegenzuwirken. Initiiert wurde das Projekt von der Yehudi Menuhin Stiftung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport. MUS-E steht für „Multikulturelles, Soziales Schulprojekt für Europa“. Der verstorbene Geiger Yehudi Menuhin hat diese Initiative bereits 1994 ins Leben gerufen. Sein Ziel war es, Kunst für die Förderung von Kreativität und die Überwindung sozialer Unterschiede einzusetzen. Dabei wendet sich MUS-E vor allem an sozial benachteiligte Kinder, deren Entwicklung durch Kunst gefördert werden soll.

„MUS-E soll Freude in den Alltag der benachteiligten Stadtteile bringen, in denen Kinder oft nur wenig Gelegenheit zur Begegnung mit Kultur haben. Das Projekt verknüpft in idealer Weise soziale, kulturelle, beschäftigungspolitische und stadtentwicklungspolitische Ziele“, so Ministerin Ilse Bruns. Ihr Ministerium fördert das Projekt mit jährlich 925.000 DM.

## Veröffentlichungen

### Informationen zum neuen Staatsangehörigkeitsrecht

Die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts hat in den vergangenen Monaten zu heftigen Kontroversen geführt. Das vom Bundestag im Frühjahr beschlossene Gesetz, das zumindest hier geborenen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit zugesteht und die Fristen für Erwachsene deutlich verkürzt, wirft neue Fragen auf: Was passiert, wenn man sich bis zum 23. Lebensjahr nicht für eine Staatsangehörigkeit entscheidet? Kann man überhaupt aus der deutschen Staatsbürgerschaft entlassen werden? Das Aktionsbüro Einbürgerung des „Paritätischen Wohlfahrtsverband NRW“ hat eine aktuelle Broschüre mit allen wichtigen Informationen fertiggestellt. Sie enthalten Über-sichten über die Veränderungen in der Gesetzgebung. Schnell lassen sich darüber die wichtigsten Fragen klären und die Anträge ausfüllen.

Erhältlich ist die Broschüre „Informationen zur Einbürgerung“ unter folgender Adresse:

Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW c/o IFAK e.V., Engelsburger Str. 168, 44793 Bochum, Tel.: 0234/ 962 10 12; Fax: 0234/68 33 36; e-mail: [abe@ifak.ruhr.de](mailto:abe@ifak.ruhr.de)

### Kampf gegen Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

„Dieses Urteil ist ein wichtiges Signal, das nicht nur für den Bereich des Taxigewerbes von Bedeutung ist“, lobte NRW-Sozialministerin Ilse Brusic im vergangenen Mai ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das den Ausschluß ausländischer Taxifahrer von der Vermittlung einzelner Fahrten verbot. Sicher ein wichtiger Schritt. Allerdings sind Migrantinnen und Migranten immer noch verschiedensten Formen der Diskriminierung ausgesetzt. Es ist daher von besonderer Bedeutung, wenn Diskriminierung immer wieder dokumentiert wird.

Zwei neue Broschüren zu dem Thema bieten Überblicke über besonders harte Fälle der Diskriminierung sowie die politische Arbeit dagegen. Herausgegeben wurden die Broschüren vom „Anti-Rassismus Informations-Centrum e.V., ARIC-NRW und vom Anti-Diskriminierungsbüro (ADB) in Bielefeld.

Eine weitere Dokumentation über antirassistische Projekte an Schulen wird derzeit von der „Informations- und Dokumentationsstelle gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Aus-



### Der Wahlkampf hat begonnen!

länderfeindlichkeit in NRW“ (IDA) vorbereitet. Die IDA fordert insbesondere die Ausländerbeiräte auf, ihnen bekannte Initiativen weiterzugeben, damit die Dokumentation möglichst vollständig erscheinen kann.

Informationen und Bestellungen:

ARIC: Tel.: 0203/28 48 73, ADB:

Tel.: 0521/6 40 94, IDA-NRW: 0211/37 10 25

### Migrationsarbeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund

Das Referat Migration ist seit Jahren eine feste Größe beim DGB. Hier wird die Partizipation von Migrantinnen und Migranten in Gewerkschaften und Betriebsräten koordiniert. Insbesondere hat man sich beim Referat Migration um die Information der ausländischen Gewerkschaftsmitglieder gekümmert.

Auch dieses Jahr sind wieder mehrere Informationsschriften für die politische Arbeit von Migrantinnen und Migranten erschienen. Die interessanteste ist die Broschüre „Partizipation von Migrantinnen und Migranten“. Es ist eine kritische Bestandsaufnahme der politischen Partizipation von Migranten in Deutschland. Insbesondere wird auf die unterschiedlichen Erfahrungen mit der Beteiligung von Migranten in den unterschiedlichen Organisationen hingewiesen. So sind Migrantinnen und Migranten dort aktiver, wo sie völlig gleichberechtigt mitarbeiten können. Gewerkschaften haben etwa einen höheren Beteiligungsgrad von Migranten als Parteien, was sicher am fehlenden bzw. sehr eingeschränkten Wahlrecht für Migranten liegt.

Zu bestellen ist die Broschüre beim: DGB, Bundesvorstand, Referat Migration, Postfach 10 10 26, 40001 Düsseldorf

## Impressum

Herausgeberin:

Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW )

Helmholtzstr. 28

40215 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 994160

Fax: 0211 / 9941615

e-Mail: [LAGA NRW@t-online.de](mailto:LAGA NRW@t-online.de)

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgeforderte zugesandte Beiträge zu kürzen.

An der Redaktion dieser Ausgabe waren beteiligt:

Ercan Atay  
Ulrich Bechmann,  
Susana dos Santos Herrmann  
Tayfun Keltok,  
Franz Paszek,  
Ali Hakan Saribas,  
Erkan Zorlu

V.i.s.d.P.: Franz Paszek,  
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:  
Forschungsgruppe FOKUS, Köln